

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Werner Dreibus, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten in den Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Praktikantinnen und Praktikanten in den Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt erhalten in der Regel keine bzw. keine angemessene Vergütung. Im Bundesministerium für Arbeit und Soziales werden die jährlich rund 100 Praktikantinnen und Praktikanten beispielsweise allein mit einem Fahrtkostenzuschuss und Essensgutscheinen entlohnt. In den anderen Bundesministerien sieht es ähnlich aus. Die höchste Aufwandsentschädigung erhalten Praktikantinnen und Praktikanten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Aber auch hier beträgt sie gerade einmal 100 Euro im Monat (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. Dezember 2008).

Durch diese Regelungen können sich nur Privilegierte ein Praktikum in einem Bundesministerium oder dem Bundeskanzleramt leisten. Wer dagegen zur Finanzierung seines Lebensunterhaltes auf ein regelmäßiges Einkommen angewiesen ist oder die zusätzlich anfallenden Kosten etwa für die Unterkunft am Praktikumsort nicht aufbringen kann, muss auf eine Bewerbung verzichten. Die Bundesregierung trägt somit zur Verfestigung sozialer Ungleichheit bei.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

allen Praktikantinnen und Praktikanten in den Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt eine angemessene Praktikumsvergütung zu zahlen, für eine qualifizierte Betreuung Sorge zu tragen, mit jedem Praktikanten und jeder Praktikantin einen Praktikumsvertrag abzuschließen sowie ein qualifiziertes Praktikumszeugnis auszustellen.

Berlin, den 20. Januar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Es ist zutiefst unglaubwürdig, in der Öffentlichkeit gegen die Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten einzutreten, im eigenen Verantwortungsbereich aber genau diese Ausbeutung selbst zu betreiben. Um Scheinpraktika auszuschließen und um für mehr Qualität und Gerechtigkeit bei echten Praktika zu sorgen, muss die Bundesregierung zuerst bei sich selbst aktiv werden. Eine Orientierung bietet der „Leitfaden für ein faires Praktikum“ der DGB-Jugend (http://www.dgb-jugend.de/studium/praktika/im_praktikum/was_tun_gegen_ausbeutung/leitfaden).

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben diesbezüglich einen ersten Schritt getan: Der Ältestenrat sprach sich in seiner Sitzung am 26. April 2007 fraktionsübergreifend dafür aus, die Möglichkeit einer Praktikumsvergütung für Praktikantinnen und Praktikanten einzuführen. Die Fraktion DIE LINKE. fordert seit Langem, Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich zu definieren und (an den Vorschlägen der DGB-Jugend orientierte) Mindestanforderungen für gute Praktikaverhältnisse überall umzusetzen.